

Berlin: Gemeinsam mehr erreichen

Genossenschaftliche Positionen
zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Juli 2026

Genossenschaften stärken Berlin: wirtschaftlich – demokratisch – strukturell

Berlin braucht kooperative Lösungen

Berlin steht vor Aufgaben, die den Alltag der Stadt prägen: bezahlbares Wohnen und bezahlbare Gewerberäume, schnellerer Wohnungsbau, eine funktionierende digitale Verwaltung, starke Unternehmen, Fach- und Arbeitskräfte, Energie- und Wärmewende, Mobilität, soziale Infrastruktur, saubere und sichere öffentliche Räume sowie eine gute Zusammenarbeit von Senat und Bezirken. Dafür braucht es Lösungen, die Investitionen ermöglichen, Verantwortung teilen und Menschen vor Ort einbinden.

Genossenschaften tragen dazu wesentlich bei. Sie verbinden Unternehmertum, Kooperation, Mitbestimmung und langfristige Verantwortung. So stärken sie den Mittelstand, sichern Räume, ermöglichen Bürgerenergie, organisieren soziale Infrastruktur und halten Wertschöpfung in Berlin.

Genossenschaftliche Tradition und Vielfalt

Berlin ist Genossenschaftsstadt. Die genossenschaftliche Tradition reicht von Bau- und Wohnungsgenossenschaften über Konsum- und Kreditgenossenschaften bis zu handwerklichen, gewerblichen und infrastrukturellen Zusammenschlüssen. Sie entstand dort, wo Menschen praktische Probleme gemeinsam lösen mussten: Wohnungsnot, Versorgung, Zugang zu Kapital, steigende Kosten oder fehlende Infrastruktur.

Genossenschaften prägen Berlin weit über das Wohnen hinaus – in Finanzierung, Handwerk, Handel, Kultur, sozialer Infrastruktur und städtischer Versorgung. Heute sichern sie bezahlbare Räume, organisieren soziale Dienstleistungen, ermöglichen Zusammenschlüsse von Selbstständigen, Freiberuflerinnen und Freiberuflern, Start-ups und in Kunst und Kultur, erleichtern Unternehmensnachfolgen, schaffen gemeinsame Infrastruktur, finanzieren Investitionen und bringen Bürgerinnen und Bürger in Energie- und Quartiersprojekten zusammen.

Damit sind Genossenschaften ein praktisches Instrument, um wirtschaftliche Stärke, soziale Teilhabe, regionale Wertschöpfung und demokratische Beteiligung zu verbinden.

Genossenschaftliche Positionen zur Abgeordnetenhauswahl

Forderungen für eine kooperative Berliner Landespolitik

Berlin muss wirtschaftliche Stärke, bezahlbare Räume, Infrastruktur, Klimaschutz, soziale Stabilität und Beteiligung besser verbinden. Genossenschaften leisten dazu einen konkreten Beitrag: Sie bündeln Eigeninitiative, Kapital und Verantwortung und schaffen tragfähige Lösungen vor Ort.

Das Land muss die Chancen, die Genossenschaften und die Genossenschaftsidee bieten, deutlich stärker nutzen und als festen Bestandteil in der Landespolitik verankern: in Wirtschaftsförderung, Bauen und bezahlbaren Räumen, Energie- und Wärmewende, Bürgerbeteiligung, Daseinsvorsorge, regionaler Finanzierung und Verwaltungsmodernisierung.

1. Wirtschaftspolitik: kooperativen Mittelstand stärken

Berlin braucht eine Wirtschaftspolitik, die Kooperation als Stärke begreift. Genossenschaftliche Strukturen helfen kleinen und mittleren Unternehmen, Selbstständigen, Freien Berufen, Handwerk, Kreativwirtschaft und sozialen Trägern, steigende Kosten, Fachkräftemangel, Digitalisierung und Transformation gemeinsam zu bewältigen.

Dafür braucht es verlässliche, wettbewerbsneutrale und praxistaugliche Rahmenbedingungen: weniger bürokratische Hürden, passende Förderzugänge und Respekt vor Selbsthilfe, Eigenverantwortung und unternehmerischer Initiative.

Dazu gilt es, die Genossenschaftsidee in Mittelstands-, Gründungs-, Innovations- und Nachfolgepolitik zu verankern. Beratung, Wirtschaftsförderung, Gründungszentren, Hochschulen und Branchennetzwerke müssen genossenschaftliche Modelle sichtbar machen und gezielt unterstützen – etwa in Handwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft, Games, Mode, Pflege, Nahversorgung, Unternehmensnachfolge und bei Zusammenschlüssen kleiner Unternehmen.

2. Energiepolitik: Bürgerenergie und Wärmewende genossenschaftlich organisieren

Die Energie- und Wärmewende gelingt nur, wenn sie auch dezentral, investitionsfähig und akzeptanzstark organisiert wird. Energiegenossenschaften können Photovoltaik, Mieterstrom, Energy Sharing, Nahwärme, Speicher und Quartierslösungen bündeln und Klimaschutz vor Ort konkret machen.

Energiegenossenschaftliche Modelle müssen in die Berliner Energie- und Wärmewende eingebunden werden. Förderprogramme des Landes sind so auszugestalten, dass Genossenschaften problemlos Zugang erhalten und Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen, sich an lokalen Energie- und Wärmeprojekten zu beteiligen.

Berlin muss Bürgerenergie deutlich stärker und systematischer ermöglichen: durch Zugang zu öffentlichen Dächern und geeigneten Flächen, klare Zuständigkeiten, schnellere Genehmigungen und praxistaugliche Regeln für Mieterstrom, Energy Sharing, Speicher und genossenschaftliche Wärmelösungen.

Damit die Wertschöpfung der Energiewende in der Region bleibt, muss das Land Berlin gezielt bürgerschaftlich getragene und genossenschaftliche Projekte unterstützen. Wo Menschen Miteigentümer der Energiewende werden, entstehen höhere Akzeptanz, langfristiges Engagement und eine stärkere Identifikation mit den Klimaschutzzielen des Landes.

3. Bürgerbeteiligung: Mitwirkung verbindlich und wirtschaftlich wirksam machen

Genossenschaften machen Beteiligung verbindlich: Mitglieder entscheiden mit, investieren gemeinsam und tragen Verantwortung. So wird Beteiligung mehr als das reine Anhören von Positionen – sie wird Teil wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umsetzung.

Dafür muss Berlin genossenschaftliche Beteiligungsmodelle in Stadtentwicklung, Quartiersprojekten, Energievorhaben, sozialer Infrastruktur, Kulturorten, Gewerbeflächen und Nahversorgung stärker nutzen und fördern.

4. Räume und Infrastruktur: bezahlbare Orte für Wirtschaft, Kultur und Menschen sichern

Bezahlbare Räume sind eine zentrale Zukunftsfrage Berlins – für Wohnen, Gewerbe, Handwerk, soziale Einrichtungen, Kultur, Bildung, Nahversorgung und Quartiere. Gehen diese Orte verloren, verliert die Stadt wirtschaftliche Vielfalt und soziale Stabilität.

Genossenschaften können Räume langfristig sichern, gemeinschaftliches Eigentum organisieren und Investitionen auf viele Schultern verteilen. Die öffentliche Hand sollte sie bei Konzeptverfahren, Erbbaurechten, Vergaben, Förderprogrammen und landeseigenen Flächen stärker berücksichtigen.

5. Daseinsvorsorge und soziale Innovation: genossenschaftliche Lösungen stärken

Genossenschaften können soziale Infrastruktur dauerhaft sichern – etwa in Pflege, Teilhabe, Nachbarschaftshilfe, Bildung, Mobilität, Nahversorgung, Gesundheit und sozialen Dienstleistungen.

Berlin muss genossenschaftliche Träger noch stärker als Teil moderner Daseinsvorsorge begreifen und Förder- sowie Vergabestrukturen so gestalten, dass kooperative Modelle nicht an formalen Hürden scheitern.

6. Regionale Finanzierung: Investitionen in Berlin stärken

Berlin braucht Investitionen in Mittelstand, Gründung, Digitalisierung, Energie, Wärme, soziale Infrastruktur, Gewerbeflächen und Quartiersentwicklung. Regional verankerte Kreditinstitute sind dafür wichtige Finanzierungspartner.

Berlin muss sich für ein vielfältiges, stabiles und regional verankertes Finanzsystem einsetzen – mit proportionaler Regulierung, verlässlichen Finanzierungsbedingungen und einer stärkeren Einbindung regionaler Kreditwirtschaft in Förder- und Transformationsprogramme.

7. Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau: Verfahren einfacher, schneller und kooperativer machen

Genossenschaften und mittelständische Unternehmen brauchen eine Verwaltung, die Investitionen ermöglicht. Verfahren müssen schneller, digitaler, verbindlicher und praxistauglich werden – besonders bei Baugenehmigungen, Förderanträgen, Vergaben, Flächen, Energieprojekten und der Zusammenarbeit von Senat und Bezirken.

Zentrale Schritte sind klare Zuständigkeiten, digitale Verfahren, verlässliche Fristen, weniger Doppelmeldungen und der Grundsatz „Once Only“. Förder- und Vergabekriterien müssen genossenschaftliche Strukturen fair berücksichtigen; Nachweise und Berichtspflichten müssen proportional und verständlich sein.

Kooperation stärkt Berlin! Dafür ist es elementar, Genossenschaften in der Landespolitik systematisch mitzudenken – bei Mittelstand, Gründung, Nachfolge, Energie, Wärme, Wohnen, Gewerbeflächen, sozialer Infrastruktur und Kultur.

Wir schlagen dazu einen jährlichen Berliner Genossenschaftsdialog zwischen Senat, Bezirken, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und genossenschaftlichen Verbänden vor. Mit dem Ziel, Hürden sichtbar zu machen, Projekte zu stärken und politische Maßnahmen verbindlich nachzuverfolgen.

Wir bringen uns sehr gerne konstruktiv und praxisorientiert mit unseren Mitgliedern ein.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen

Daniel Illerhaus
Abteilungsleiter Kommunikation, Marketing, Politik
T 0172-5252835
daniel.illerhaus@genoverband.de